



<http://www.berufsverbote.de/index.php/aktuelles.html>

Berufsverbote? Rehabilitieren! auf GEW-Gewerkschaftstag

Auf dem bundesweiten Gewerkschaftstag der GEW (07.-10.05.2017) in Freiburg kam der baden-württembergische Ministerpräsident [Winfried Kretschmann](#) zu Wort. Delegierte stellten sich mit der Forderung "Berufsverbote? Rehabilitieren!" im Saal vor die Empore mit dem Rednerpult. Doch der Gast ging mit keinem Wort darauf ein. Die GEW-Vorsitzende forderte ihn auf, dem Beispiel Niedersachsens (siehe unten) zu folgen.



(Foto: Kay Herschelmann, gew.de)

Der Gewerkschaftstag beschloss, eine Konferenz zum Thema der Berufsverbote durchzuführen. Darüber werden wir zur zu gegebener Zeit Näheres berichten.

GEW Nordrhein-Westfalen fordert Taten von der Politik

Die GEW NRW fordert nach 45 Jahren „eine umfassende Rehabilitierung der Menschen, die vom sogenannten Radikalenerlass und der daraus resultierenden Berufsverbotpolitik betroffen waren. Die Bildungsgewerkschaft erwartet von der Politik, den Radikalenerlass vom 28. Januar 1972 als politische und rechtsstaatliche Fehlentscheidung einzugestehen und Vorschläge für eine umfassende Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer vorzulegen.“ Das schreibt die Gewerkschaft in ihrer [Presseerklärung](#) anlässlich der Eröffnung der [Ausstellung „Vergessene Geschichte“](#) am 21. Februar 2017 im [Kulturzentrum K14](#) in Oberhausen. Und der GRÜNEN-Politiker [Oliver Keymis](#), stellvertretender Präsident des Düsseldorfer Landtags, forderte die NRW-Landespolitiker/innen auf, dem Beispiel in Niedersachsen zu folgen: Die Berufsverbote müssen aufgearbeitet werden, Entschädigungen seien „wohlwollend zu prüfen“. Eine Möglichkeit dazu sei die Aufnahme dieses Komplexes in kommende Koalitionsvereinbarungen. Er werde sich dafür einsetzen: „Mein Wort habt ihr dazu!“

([Ankündigung auf der GEW-Website](#) – [Einladung](#) zur und [Bericht von der Ausstellungseröffnung](#) – [Referat von Klaus Stein](#) über die Praxis des „Radikalenerlasses“ speziell in Nordrhein-Westfalen)

Bereits der Landesgewerkschaftstag der GEW-NRW vom 21.-23.04.2016 in Bielefeld hatte die Landesregierung und das Landesparlament aufgefordert, „die Opfer der unrechtmäßigen Berufsverbote in NRW umfassend zu rehabilitieren.“ In dem beschlossenen [Antrag G2](#) (Stadtverband Düsseldorf) heißt es weiter: „Der Landesvorstand der GEW NRW unterstützt entsprechende Initiativen von Stadt- und Kreisverbänden sowie des DGB in anderen Bundesländern und Bundesbehörden.“

Wenig später nahm Rundfunkkanal WDR5 in seiner Reihe „ZeitZeichen“ den 40. Jahrestag neuer NRW-„Richtlinien“ zum „Radikalenerlass“ am 19.05.1976 zum Anlass, um umfassend über die Berufsverbote und die Schnüffeleien des „Verfassungsschutzes“ zu berichten. Besonderes Gewicht legte die Sendung darauf, dass die Berufsverbote gegen Kommunisten und Pazifisten von ehemaligen Nazi-Aktivisten forciert wurden. Darunter der ehemalige Nazi-Marinerichter und spätere Ministerpräsident [Hans Filbinger](#) (CDU, 1913-2007) oder der Nationalsozialistische Führungsoffizier (NSFO) [Franz Josef Strauß](#) (CSU, 1915-1988). *(Nicht richtig ist leider die Mitteilung am Schluss der Sendung, dass die Berufsverbotepraxis in der BRD abgeschlossen sei. Dass das ganz und gar nicht zutrifft, wird auf unserer Website reichhaltig dokumentiert.)*

[Link zur WDR-Mediathek](#) – [Download](#) – [mp3 lokal](#)

14. Mai 2017

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20170514.pdf>